

Kommission fordert Offenlegung der Agrarhilfen

Die EU-Subventionen nutzen vor allem den Großen / Von Hendrik Kafsack

BRÜSSEL, 8. Mai. Nun geht das wieder los. Ralf Hägele hat genug. Immer, wenn in der Europäischen Union über Subventionen für die Landwirte gestritten wird, beginnt das gleiche Spiel. "Dann melden sich die Kritiker und klagen, daß die EU-Gelder nicht ankommen, wo sie ankommen sollten: beim kleinen Bauern", sagt der Vorstand des Agrarunternehmens Barnstädt aus Sachsen-Anhalt. "Und dann beginnt wieder die Neiddebatte, und wir als Großunternehmen stehen am Pranger." Das Problem: So genau weiß niemand, wer in Europa wieviel Geld aus den gut gefüllten Agrartöpfen erhält. Fast 45 Milliarden Euro will Brüssel 2007 an die Landwirte in der EU verteilen. An wen das Geld fließt, halten viele Staaten geheim. Nur einige, wie Dänemark, Irland, die Niederlande, Spanien oder Großbritannien, veröffentlichten die Daten zumindest teilweise.

Wenn es nach der Europäischen Kommission geht, soll das künftig anders sein. Eben erst hat Kommissar Siim Kallas die Mitgliedsländer aufgefordert, offenzulegen, wer EU-Gelder erhält. Mit seiner Transparenzinitiative will er die Staaten notfalls zwingen. Unterstützt wird Kallas von Europa-Abgeordneten und Nichtregierungsorganisationen wie Oxfam oder WWF. Sie haben die bekannten Daten zur Verteilung der Hilfen im Internet unter <http://farmssubsidy.org/> zugänglich gemacht, um eine Debatte über Sinn und Struktur der Hilfen anzustoßen. "Es geht nicht darum, die Hilfen für Landwirte generell in Frage zu stellen", sagt Marita Wiggerthale von Oxfam. "Wir fragen aber, ob es sinnvoll ist, Großbetrieben zu helfen."

Genau das geschieht auch nach der Agrarreform von 2003 in großem Umfang. Die bekanntesten Großempfänger dürften die britische Königin Elisabeth und ihr Sohn Prinz Charles sein. Sie bekommen mehr als eine Million Euro. Nach Angaben der Kommission gehen 80 Prozent der EU-Mittel an Großbetriebe. Nach Recherchen einer Zeitung bekommen die zwölf größten französischen Empfänger je mehr als 500 000 Euro im Jahr. In Spanien beziehen 303 Großbetriebe nach Angaben von Oxfam

im Schnitt 1,3 Millionen Euro im Jahr aus Brüssel. In Deutschland dürfte die Zahl der Großempfänger deutlich höher liegen - vor allem in den neuen Bundesländern. Dort wurden nach der Wiedervereinigung viele Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) privatisiert, aber nicht zerschlagen. Allein in Sachsen gibt es beinahe 250 Betriebe, die mehr als 1000 Hektar bewirtschaften. In Sachsen-Anhalt bewirtschaften 46 Betriebe mehr als 2500 Hektar. 28 500 Betriebe mit mehr als 100 Hektar verzeichnet das Statistische Bundesamt. Im Schnitt haben sie rund 290 Hektar. Das genügt schon beinahe, um Anspruch auf Subventionen von mehr als 100 000 Euro im Jahr zu haben, bei einer EU-Prämie von durchschnittlich 330 Euro je Hektar in Deutschland.

Die von Hägele geleitete ehemalige LPG in Barnstädt bekommt 2,4 Millionen Euro im Jahr. Knapp 6400 Hektar bewirtschaftet die Genossenschaft. Rund 23 000 Schweine, 3200 Rinder und 1100 Milchkühe werden darauf gehalten. Weil sich die Grundprämie je Hektar dadurch erhöht, liegt Barnstädt über dem Schnitt. Hägele hält aber auch diese hohen Subventionen für gerechtfertigt. "Wir beschäftigen 180 Menschen", sagt er. Das entspricht rund 13 300 Euro Förderung je Mitarbeiter. Der EU-Durchschnitt liege mit 8500 Euro Hilfe je Arbeitnehmer kaum niedriger. "Deshalb ist es unfair, jetzt auf die großen Betriebe loszugehen", sagt der Vorstandsvorsitzende. Man müsse vielmehr betrachten, wie jeder Betrieb arbeite. "Wenn ich reinen Ackerbau mache, dann benötige ich nur anderthalb Mann je 500 Hektar", sagt Hägele. Da ist die Schwelle von 100 000 Euro Förderung je Arbeitskraft schnell überschritten.

Auf Großbetriebe konzentriert sich auch die Kritik der Initiative "Wer profitiert", die in Deutschland Transparenz erzwingen will. Ihr Paradebeispiel ist Gut Klein Wanzleben, das ebenfalls in Sachsen-Anhalt liegt und wie Barnstädt 2,4 Millionen Euro aus den EU-Töpfen erhalten soll. Mit rund 3000 Hektar ist das Gut längst nicht so groß wie Barnstädt.

Aber als ehemals drittgrößte Rindermastanlage Deutschlands, mit rund 9000 verkauften Rindern im Jahr, hat es Anspruch auf hohe Sonderprämien. Allein deshalb erhält Klein Wanzleben mehr als 1,7 Millionen Euro Zuschlag zu den Prämien. Was die Kritiker aufregt: die Rinderzucht in Klein Wanzleben wurde nach der Reform der Agrarpolitik und deren Umsetzung in Deutschland fast vollständig eingestellt. Die Sonderprämien aber fließen noch bis 2013. Erst von 2010 an werden sie verringert. Die Klein Wanzlebener verstehen den Ärger nicht. Schließlich würden so der Aufbau einer neuen Schweinezucht finanziert und Arbeitsplätze geschaffen.

Wenn es nach Oxfam, dem WWF und den anderen Mitgliedern der deutschen Initiative für mehr Transparenz ginge, würden sich die Zahlungen aus Brüssel künftig an neuen Regeln orientieren, um das "Abkassieren der Großen" zu beenden, sagt Wiggerthale von Oxfam. Dann würden die Subventionen nach Kriterien wie Nachhaltigkeit oder den Arbeitern je Hektar vergeben. Produktiver als die kleinen Betriebe seien die großen nicht, sagen die Kritiker. Deshalb müsse man sie nicht fördern. Das sieht Hägele anders. Barnstädt könne nur in dieser Form überleben. Auch Willi Kampmann vom Deutschen Bauernverband hält die Kritik für verfehlt. Man könne den Großbetrieben nicht ihre höhere Effizienz vorwerfen, sagt er. Sonderlich effizient sind die Betriebe in Deutschland allerdings ohnehin nicht. Wie der Agrarbericht der Bundesregierung zeigt, brauchten sie im Wirtschaftsjahr 2004/2005 Beihilfen von 417 Euro je Hektar, um 553 Euro je Hektar Gewinn zu erzielen.

In den Jahren 2008 bis 2009 wollen die EU-Staaten wieder über die Agrarhilfen reden. Um eine Debatte darüber führen zu können, muß auch Deutschland die Verteilung der Gelder offenlegen. Die Regierung weigert sich bisher, die Vergabe der etwa 6 Milliarden Euro transparenter zu gestalten. Sie beruft sich dabei vor allem auf den Datenschutz. Zudem habe man die Zahlen gar nicht, da die EU-Gelder von den Ländern ausbezahlt würden. Immerhin aber soll Land-

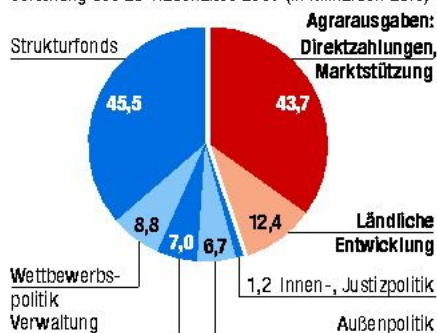
wirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) nun den Auftrag gegeben haben, die Daten zusammenzutragen. Denn langfristig, so heißt es im Ministerium, könne man die Landwirte nicht mehr

vor dem berechtigten öffentlichen Interesse schützen.

Agrarsubventionen der Europäischen Union

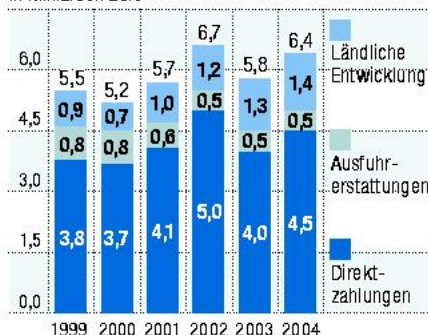
Landwirtschaft größter Ausgabenposten

Verteilung des EU-Haushaltes 2007 (in Milliarden Euro)



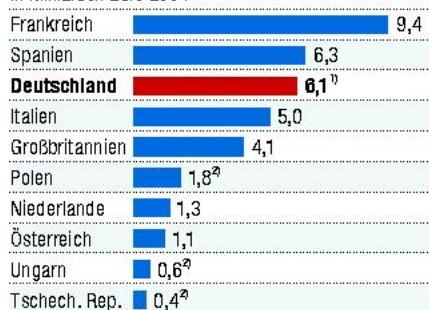
Agrarzahlungen an Deutschland

in Milliarden Euro



Agrarzahlungen an ausgewählte Länder

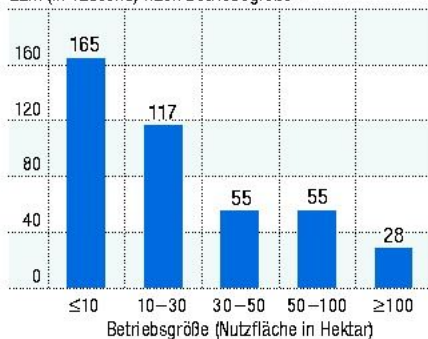
in Milliarden Euro 2004



1) Abweichung zu Wert in Teilgrafik rechts oben definitionsbedingt.
2) Schätzung für 2005 (erstes volles Jahr der Mitgliedschaft). 3) 2003.

Landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland

Zahl (in Tausend) nach Betriebsgröße³⁾



Quelle: Statistisches Bundesamt, Europäische Kommission / F.A.Z.-Grafik Brocker